

Kommunales  
Handlungsprogramm  
der CDU Essen  
für die Ratsperiode  
2020 - 2025

Beschlossen vom Kreisvorstand der CDU Essen am 15. Juli 2020



## **Inhalt**

Die wirtschaftliche Entwicklung in Essen vorantreiben .....	4
Sozial ist was Arbeit schafft.....	6
Sichere und Saubere Stadt Essen .....	8
Gute Bildung von Anfang an.....	11
Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben .....	17
Essen bleibt mobil .....	20
Platz für Kinder und Familie .....	15
Essen bleibt Kulturhauptstadt.....	23
Essen muss digitaler werden.....	25
Integration mit Regeln und Leitlinien statt Beliebigkeit .....	26
Zukunftsweisende Seniorenpolitik für Essen .....	29
Essen. Der Gesundheitsstandort.....	31
Stadtentwicklung muss man wollen .....	34
Den Wandel im Sport gestalten .....	35
Stabile Finanzen gestern, heute und in Zukunft .....	38

## **Die wirtschaftliche Entwicklung in Essen vorantreiben**

Essen ist einer der führenden Wirtschaftsstandorte der Bundesrepublik. Viele Mittelständler sowie zahlreiche DAX bzw. M-DAX-Unternehmen haben ihren Sitz in unserer Stadt. Essen hat sich als Energiestadt Europas, als wichtiger Gesundheitsstandort und als das Zentrum in der Metropole Ruhr etabliert. All dies sind gute Rahmenbedingungen für die Sicherung vorhandener und Schaffung neuer Arbeitsplätze.

- **Innenstadt attraktiv gestalten**

Die Entwicklung unserer Innenstadt steht immer in besonderem Fokus. In den letzten Jahren ist die Innenstadt durch langfristig kluge Entscheidungen nachhaltig gestärkt worden. Durch das neue Krupp-Quartier, die Entwicklung des Berliner Platzes und des Limbecker Platzes, durch das Zusammenwachsen von Innenstadt und Universität, die Impulse aus dem Kreativquartier und die Entwicklung in der nördlichen Innenstadt hat die Essener Mitte quantitativ und qualitativ gewonnen.

Trotz der bisher erzielten Fortschritte, ist aus der Sicht vieler Besucherinnen und Besucher in den letzten Jahren die Attraktivität der Innenstadt zurückgegangen. Die Ursachen sind vielfältig. Vor diesem Hintergrund brauchen wir neue Ideen für die Innenstadt, die zu einer Belebung beitragen. Ein Baustein für die Belebung der City ist aus unserer Sicht, das Wohnen in der Innenstadt wieder attraktiv zu gestalten.

Außerdem müssen der Willy-Brandt-Platz und der Kennedy-Platz umgestaltet werden. Insbesondere ist eine weitere Begrünung erforderlich, um die Aufenthaltsqualität zu erhöhen. Daneben sollte die bestehende Außengastronomie die Möglichkeit der Erweiterung in den Sommermonaten erhalten.

- **Gesundheitswirtschaft als maßgeblicher Wirtschaftsfaktor**

Die Essener Medizin- und Gesundheitswirtschaft ist mit fast 50.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einer der maßgeblichen Wirtschaftsfaktoren unserer Stadt. Wir wollen weiterhin dazu beitragen, dass die Essener Gesundheitswirtschaft ihre nationale und internationale Bedeutung weiter festigen kann. Hierbei sind die Internationalisierung, medizinische Angebote auch für Gäste aus anderen Ländern vorzuhalten, als auch die Digitalisierung in der Gesundheits- und Medizinwirtschaft ein wichtiger Faktor, um bestehende Arbeitsplätze zu erhalten und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

- **Masterplan Industrie wiederbeleben**

Über 80 % der Beschäftigten in Essen arbeiten im Dienstleistungssektor. Wir begrüßen grundsätzlich diese Entwicklung. Es darf jedoch nicht verkannt werden, dass zu einer ausgeglichenen Wirtschaftsstruktur auch eine ausreichende Zahl von gewerblichen Arbeitsplätzen notwendig ist. Deshalb wollen wir am „Masterplan Industrie“ festhalten und diesen neubeleben. Aus diesem Grund begrüßen wir die Schaffung neuer Industrie- und Gewerbeflächen auf dem Areal Freiheit Emscher im Essener Norden. Diese Flächen werden jedoch nicht ausreichen, um die bestehenden Bedarfe zu befriedigen. Wir werden daher unsere Bemühungen fortsetzen, um weitere Gewerbeflächen auszuweisen.

- **Start-Up Unternehmen und Gründer verstärkt fördern**

Ein zunehmend wichtiger Jobmotor in Essen sind Start-Up Unternehmen, die sich in Essen gründen oder neu ansiedeln. In Essen haben wir unter anderem mit dem Gründerzentrum Triple Z und dem ruhr:Hub Institutionen, die Gründern in ihrer Startphase zur Seite stehen. Wir wollen das Gründen und Wachsen dieser Unternehmen in unserer Stadt verstärkt fördern und damit zukunftsweisende Arbeitsplätze in Essen schaffen.

- **Messe- und Kongressstandort weiter ausbauen**

Essen muss seine Stellung als einer der attraktivsten Messe- und Kongressstandorte weiter ausbauen. Jedes Jahr kommen über eine Million Messebesucher aus allen Teilen der Welt zu uns. Durch die Modernisierung der Messehallen konnten neue Messen und Aussteller für Essen gewonnen und die Besucherzahlen gesteigert werden. Diesen Weg wollen wir weitergehen indem wir die Messe Essen bei der Ausweitung ihrer internationalen Aktivitäten und bei der Gewinnung internationaler Partner nachhaltig unterstützen. Hierzu gehört ebenso der Ausbau der Kongressaktivitäten der Messe Essen.

- **Auf dem Weltkulturerbe Zollverein neue Arbeitsplätze schaffen**

An der Entwicklung des Zollverein-Areals kann der Strukturwandel Essens beispielhaft nachvollzogen werden. Konsequentes politisches Handeln hat auf einer ehemaligen Industriebrache einen Wirtschaftsraum entstehen lassen, der Arbeitsplätze in zukunftsorientierten Berufen schafft und sichert.

Wir wollen die Stärken des Weltkulturerbes nutzen und neue Investoren im Bereich der Digitalen Wirtschaft und der Kreativwirtschaft gewinnen. Hierzu benötigen wir eine Verbesserung der Verkehrsanbindung, sowohl für den Autoverkehr als auch für den ÖPNV und den Fahrradverkehr.

## **Sozial ist was Arbeit schafft**

Wir haben in der laufenden Wahlperiode führend dazu beigetragen, dass die Stadtverwaltung dem Rat der Stadt Essen eine längerfristige Arbeitsmarktstrategie vorlegt hat. Wir wollen mit unserer Sozialpolitik dazu beitragen, dass mehr Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven für Essenerinnen und Essener, insbesondere für junge Menschen und Langzeitarbeitslose, geschaffen werden.

Unsere Essener Sozialpolitik zeigt in den letzten Jahren sehr positive Wirkungen. Die Übernahme der alleinigen Trägerschaft des JobCenters durch die Stadt Essen war eine innovative und nachhaltig positive Entscheidung. Die Integrationen arbeitsloser Essenerinnen und Essener in Essener Unternehmen durch das JobCenter steigen seit Jahren kontinuierlich an. Allein die in der laufenden Wahlperiode vorliegenden Zahlen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit in Essen weiter gesunken ist. Die Corona-Pandemie zeigt jedoch, wie sensibel der Arbeitsmarkt ist. Die Corona-Pandemie (Covid-19, verursacht durch SARS-CoV-2), die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung und deren Auswirkungen auf Wirtschaft und unseren Essener Arbeitsmarkt stehen im Fokus des öffentlichen Interesses. Der im Frühjahr und Frühsommer übliche Rückgang der Arbeitslosigkeit ist in Zeiten von Coronabeschränkungen ausgeblieben. Es bleibt auch in Zukunft weiterhin eine große Herausforderung, noch mehr Menschen in unserer Stadt in ein zukunftsfestes und auskömmliches Beschäftigungsverhältnis zu bringen. Hierzu wird auch weiterhin ein Bündel von Maßnahmen notwendig sein.

- **Langzeitarbeitslose in Arbeit bringen**

Die von uns geförderte Essener Arbeitsmarktstrategie 2020 hat die Weichen für mehr Arbeit und Beschäftigung in unserer Stadt gestellt, um mehr Ausbildungs- und Beschäftigungsperspektiven für Essenerinnen und Essener, insbesondere für junge Menschen und Langzeitarbeitslose, zu schaffen. Mit den zusätzlichen Mitteln des Bundes im Rahmen des Teilhabechancengesetzes und der Bereitschaft der Essener Wirtschaft, Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, gelingt es seit 2019 besser, Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir wollen Langzeitarbeitslosen wieder eine Perspektive eröffnen und Grundlagen für eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen. Bei all den Herausforderungen gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des JobCenters Essen unsere Anerkennung für die geleistete Arbeit und ihren tagtäglichen Einsatz, um Menschen wieder in Arbeit zu bringen.

Trotz der Corona-Pandemie stimmt die grundsätzliche Tendenz optimistisch. Darauf können wir auch nach der Pandemie weiter aufbauen. Nach wie vor ist die Zahl der Jugendlichen

hoch, die einen Ausbildungsplatz suchen. Perspektiven brauchen vor allem auch diejenigen, die bereits seit Jahren Transferleistungen beziehen und nicht auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß fassen können oder die neben einem geringen Einkommen ergänzend Leistungen beantragen müssen. Zuwanderung und Fluchtmigration stellen die Stadtgesellschaft vor weitere Aufgaben – können aber auch Perspektiven für die mitarbeitersuchenden Unternehmen bedeuten. Gemeinsam mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter wollen wir die Essener Arbeitsmarktstrategie für die Zeit bis 2025 fortentwickeln und an die neuen Herausforderungen unter Berücksichtigung des bestehenden Fachkräftemangels anpassen.

- **Junge Menschen in Ausbildung bringen**

Wir setzen uns dafür ein, dass sich für die jungen Arbeits- und Ausbildungsplatzsuchenden neue Perspektiven bei Handwerk und Industrie ergeben, dabei wollen wir die „duale Ausbildung“ stärken. In Zeiten des Nachwuchsmangels werden sich zunehmend nicht die Jugendlichen bei den Unternehmen bewerben, sondern umgekehrt die Firmen ihre Berufsbilder und Entwicklungsmöglichkeiten bei den jungen Menschen noch besser bewerben.

Wir wollen dafür Sorge tragen, dass alle jungen Menschen und ihre Familien eine zielorientierte Beratung für das duale Ausbildungssystem bekommen. Es ist zurecht weltweit anerkannt, ermöglicht ein solides berufliches Fortkommen und verdient hohe Wertschätzung.

- **Weiterbildung stärken**

Wir wollen, dass die Informationsarbeit zur Förderung von Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen arbeitgeberseitig noch verstärkt wird. Die Qualifizierungen müssen sich von Inhalt und Umfang her noch deutlicher an den Bedarfen der Essener Unternehmen orientieren.

- **Weiterentwicklung der Arbeitsmarktstrategie**

Wir begrüßen die Bündelung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, die der Oberbürgermeister durch die Anbindung der MEO Regionalagentur bei der Essener Wirtschaftsförderung für unsere Region Mülheim, Essen und Oberhausen, sowie der Essener Arbeitsmarktstrategie 2020 und die Initiierung der Essener Arbeitsmarktkonferenz vorangetrieben hat. Die Bündelung aller Kräfte ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung und das Gelingen unserer Arbeitsmarktstrategie und die Stärkung unserer Wirtschaftsförderung.

Wir werden die von uns im Rat der Stadt Essen bereits beschlossene Weiterentwicklung der Essener Arbeitsmarktstrategie 2025 kontinuierlich vorantreiben und politisch aktiv begleiten.

- **Gemeinsam gegen Sozialdumping und Sozialleistungsmisbrauch**

Wir unterstützen alle Maßnahmen der Essener Verwaltung sowie der Polizei, des Zolls und der Finanzbehörden und auch gesetzliche Änderungen zur Bekämpfung von Missständen am Arbeitsmarkt, illegaler Beschäftigung sowie von Kindergeld- und Sozialgeldmissbrauch.

Auch in Essen sind Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder Schwarzarbeit tätig. Aus unserer Sicht mangelt es oft an staatlicher Kontrolle, um illegale Arbeit und die damit einhergehende Ausbeutung zu bekämpfen.

Wir halten die Erweiterung des Datenaustauschs zwischen den beteiligten Behörden für dringend notwendig. Der oftmals organisierte Sozialleistungsmisbrauch ist vielfach mit prekären Arbeits- und Wohnverhältnissen verbunden. Dieser Sachzusammenhang macht eine fachamts- und behördenübergreifende Betrachtung und einen stetigen Datenaustausch erforderlich.

## **Sichere und Saubere Stadt Essen**

Die Essener Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf eine sichere und saubere Stadt. Freiheit und Sicherheit sind elementare Grundbedürfnisse des Menschen. Sie schließen sich nicht aus, sondern bedingen einander. Wir sind die Partei der Inneren Sicherheit in Essen. Wir sehen Sicherheit vor allem als eine Voraussetzung von Freiheit und nicht als deren Einschränkung.

Gefragt ist aber auch Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger sich im Sinne von Freiheit und Sicherheit einzusetzen und dies nicht nur als Bürgerrecht, sondern Bürgerpflicht zu sehen.

Essen ist im Vergleich der deutschen Großstädte eine sichere Stadt. Dies darf aber nicht dazu führen, in der Kriminalitätsbekämpfung nachzulassen. Daher muss im Land und auf kommunaler Ebene weiter entschlossen gehandelt werden. Die Arbeit und Präsenz von Polizei, Justiz und Ordnungsbehörden muss weiter gestärkt werden. Die staatliche Kernaufgabe, Bürgerinnen und Bürger vor Bedrohung und Kriminalität zu schützen, muss dabei glaubwürdig und dauerhaft ebenso gesichert und geschützt werden wie die Einsatzkräfte selbst. Das Gewaltmonopol ist und bleibt einzig beim Staat. Wir sind entschieden gegen jegliche Form von Extremismus.



- **Weitere Stärkung der Doppelstreife / des kommunalen Ordnungsdienstes**

Der gemeinsame Streifendienst aus Polizei und Ordnungsamt hat sich bewährt. Er sorgt für ein höheres Sicherheitsgefühl, sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilen. Dabei geht er auch gegen aggressives Betteln und andere Belästigungen vor. Daher setzen wir uns für die weitere Stärkung dieses Erfolgsmodells ein. Die Doppelstreife haben wir ergänzt durch einen kommunalen Ordnungsdienst. Dabei haben wir das Ziel, einen kommunalen Ordnungsdienst aufzubauen, der Tag und Nacht im Einsatz ist. Wir haben die Anzahl der städtischen Kräfte zu diesem Zweck bereits mehr als verdreifacht. Diese Zahl werden wir weiter erhöhen. Zudem setzen wir uns für eine moderne Ausbildung, die bestmögliche Ausrüstung und eine Erhöhung der Mobilität der Doppelstreife und des kommunalen Ordnungsdienstes ein.

- **Weiter mit aller Härte gegen kriminelle Clans vorgehen**

Wir tolerieren keine organisierte Kriminalität, wachsende Aggressivität, Respektlosigkeit und Paralleljustiz durch kriminelle Clans. Der Staat und seine Organe müssen hier Härte zeigen und frühzeitig massiv dagegen einschreiten. Wir wollen keine Parallelgesellschaft mit einem eigenen Werteverständnis und einer eigenen Rechtsordnung. Das koordinierte Vorgehen von Polizei, Ordnungs- und Finanzbehörden gegen kriminelle Clans und deren Geschäftsgrundlagen im Rahmen der Null Toleranz Strategie unterstützen wir ausdrücklich. Es darf in unserer Stadt keine rechtsfreien Räume geben. Der Druck darf nicht nachlassen. Das „Dulden“ von kriminellen Strukturen schwächt die Aktivitäten einer positiven Stadtteilentwicklung enorm. Hier müssen durch die Fortführung des konsequenten Verfolgungsdrucks durch Polizei und Stadtverwaltung die kriminellen Strukturen zerschlagen werden. Straffällige ausländische Staatsangehörige sind – unabhängig von der Dauer ihres Aufenthalts in Deutschland – konsequent abzuschicken.

- **Videobeobachtung ausbauen**

Der Einsatz von polizeilicher Videobeobachtung am Rheinischen Platz ist erfolgreich. Wir begrüßen die neuen landesgesetzlichen Regelungen, die Videobeobachtung künftig erleichtern werden. Wir setzen uns für deren Einsatz an weiteren Standorten im Stadtgebiet ein. Neben dem Bahnhofsumfeld könnten hier beispielsweise Bereiche der nördlichen Innenstadt sowie die Ecke Altendorfer Str. / Helenenstr. in Betracht kommen. Weiterhin werden wir prüfen, ob der Einsatz moderner Überwachungsverfahren mit Einsatz künstlicher Intelligenz („Mannheimer Modell“) auch für Essen in Betracht kommt.

- **Angsträume beseitigen**

Angsträume und verwahrloste Quartiere dürfen erst gar nicht entstehen. Die Sauberkeit des öffentlichen Raums und die Pflege von Grünflächen und Parkanlagen sind bedeutsame Bausteine für mehr Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt. Denn ein öffentliches Umfeld, welches unordentlich und ungepflegt ist, lädt geradezu zu ordnungswidrigem Handeln ein. Wir unterstützen ausdrücklich den 10-Punkte Plan des Oberbürgermeisters für mehr Sauberkeit und setzen uns für dessen konsequente Umsetzung ein.

Trinker- und Drogenszenen, aggressives Betteln und andere Formen von ordnungswidrigem Handeln erzeugen Ängste und schaden dem friedlichen Miteinander in einer Stadtgesellschaft. Durch eine überzeugende und nachhaltige Ordnungspolitik der Stadtverwaltung gilt es, ein Festsetzen dieser Szenen in der Innenstadt, den Stadtteilen, aber auch in Stadtparks und auf öffentlichen Plätzen weiter zu unterbinden. Uns ist wichtig, dass diese ordnungsbehördliche Null Toleranz-Strategie durch begleitende soziale Maßnahmen flankiert wird, um den betroffenen Menschen einen Ausweg aus ihrer sozialen Notlage aufzuzeigen und Hilfe anzubieten.

Der verstärkte Einsatz von städtischen Quartiershausmeistern in Wohnvierteln, in denen eine erhöhte soziale Kontrolle erforderlich ist, kann aus unserer Sicht die Wohnqualität erhöhen.

Wir wollen weiterhin die illegalen Aktivitäten des unregulierten Automarktes im Essener Norden (und des Autokinos) konsequent und nachhaltig bekämpfen, um die bereits erzielten Erfolge zu sichern und auszubauen.

- **Mehr Sauberkeit schaffen**

Der verstärkte Einsatz von „Parkwächtern“ in Parks und Grünanlagen ist ebenso richtig wie der Einsatz von „Müllermittlern“ im Kampf gegen illegales Müllabladen. Diese Maßnahmen wollen wir ebenso weiter ausbauen und in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken wie die „Essen bleib(t) sauber“-Hotline und Mängelmelder-App. . In öffentlichen Grünanlagen und Parks, wie auch entlang des Ruhrufers, wollen wir das Grillen auf ausgewiesene Grillzonen mit ausreichend dimensionierten Abfallbehältern beschränken. Gegen Hundekot auf Straßen und Wegen werden wir ebenso weiter vorgehen wie gegen Verstöße bei Fütterungsverboten von Tauben und Wassergeflügel.

Letztlich kann nur durch das Zusammenwirken von Stadt und ihren Bürgerinnen und Bürgern ein gutes Ergebnis erzielt werden. Die Aktion „pico-bello“ ist ein gutes Beispiel für diese gemeinsame Verantwortung und muss weiter ausgebaut und bekannt gemacht werden. Aber auch das ehrenamtliche Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger als Spielplatz- bzw. Baumpaten ist unentbehrlich für eine saubere Stadt und verdient unsere Anerkennung.

Öffentliche Spielplätze sollen sauber und kinderfreundlich gestaltet werden und modernen Anforderungen entsprechen. Zudem ist auf jedem Spielplatz die Sicherheit für Kinder zu gewährleisten und insbesondere gegen eine Verunreinigung mit Glasscherben, Spritzen und Zigarettenkippen vorzugehen. Das Rauchverbot auf Spielplätzen ist konsequent durchzusetzen.

- **Graffiti-Task-Force einrichten**

Graffiti und illegale Schmierereien sind vielfach im Stadtgebiet auf städtischem und privatem Eigentum sichtbar, zum Teil auch mit rechts- und linksextremen politischen Botschaften. Man kann Graffiti als Kunst ansehen, aber da wo sie nicht erlaubt sind, ist es keine Kunst, sondern Vandalismus und Sachbeschädigung und muss entfernt werden. Vor allem solche mit politischen Aussagen.

Illegale Schmierereien müssen unmittelbar nach dem Entdecken beseitigt werden, um dem öffentlichen Raum nicht den Anschein von Verwahrlosung zu geben. Dingfest gemachte Täter müssen für die Beseitigung der Schäden aufkommen und bei ihrer Beseitigung aktiv mit einbezogen werden.

- **Feuerwehr und Katastrophenschutz stärken**

Ob Sturm, Stromausfall oder Pandemie - die denkbaren Bedrohungsszenarien sind vielfältig. Den Städten obliegt mit der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr auch die Aufgabe von Feuerwehr und Katastrophenschutz. Unsere Berufsfeuerwehr ist insbesondere im Katastrophenschutz landesweit führend. Darauf sind wir sehr stolz. Dieses Pfund wollen wir beibehalten und weiter stärken.

Die Essener Hilfsorganisationen mit den vielen Freiwilligen und ehrenamtlichen Kräften (z.B. ASB, DLRG, DRK, MHD, JUH, THW) und die Freiwillige Feuerwehr stellen mit hohem ehrenamtlichen Engagement den Bevölkerungsschutz sicher und leisten mit ihrem ehrenamtlichen Engagement eine hervorragende Arbeit und sind weiterhin nachhaltig in ihrer Arbeit zu unterstützen.

## **Gute Bildung von Anfang an**

Die Stadt Essen weist eine leistungsstarke und vielfältige Bildungslandschaft auf, die keine andere Ruhrgebietsstadt zu bieten hat. Dies erweist sich als starker Standortfaktor, den es zu bewahren und weiterzuentwickeln gilt.

Dabei ist der Bildungsbereich besonderen Herausforderungen ausgesetzt. Hier sind zum einen die schulrechtlichen Veränderungen auf Landesebene zu nennen: Die Einführung der flächendeckenden Inklusion, der Wechsel von G8 zu G9 an den Gymnasien und die Aufgabe der Bestandsgarantie für die Schulform Hauptschule. Zudem steigen die Schülerzahlen nach Jahrzehnten der Stagnation bzw. des Rückgangs nun wieder an.

Trotz aller äußerer und innerer Veränderungen muss die individuelle Förderung des einzelnen Schülers und der einzelnen Schülerin im Mittelpunkt der pädagogischen Arbeit stehen.

- **Den digitalen Wandel aktiv gestalten**

Nicht erst seit der Coronakrise ist die digitale Ausstattung von Schulen ein sehr bedeutsames Thema. Sie ist es in und nach der Krise umso mehr. Eine Studie der Vodafone-Stiftung hat gezeigt: Schulen, die schon vor Corona über Konzepte des digitalen Lernens und die entsprechenden Ressourcen hierfür verfügten, kommen nun auch besser durch die Krise. Die Ausstattung unserer Schulen mit digitalen Ressourcen und die Versorgung aller Bildungsstätten mit schnellem Internet ist daher - neben der pädagogischen, didaktischen und sozialen Thematik - auch eine technische, organisatorische und finanzielle Herausforderung. In Essen ist hier bereits vieles geleistet worden, aber vieles bleibt auf dem Weg zur Schule in einer digitalen Lernumwelt noch zu tun. Hier müssen wir die Mittel aus dem Digitalpakt, die Essen zustehen, auch vollständig abrufen. Wie beim Programm "Gute Schule 2020" und beim Kommunalinvestitionsfördergesetz müssen und werden wir die organisatorischen und personellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die uns zustehenden Mittel auch vollständig in Essen ankommen. Auch die Frage der Wartung der einmal installierten Ressourcen muss finanziell und personell hinterlegt werden und einen wichtigen Platz auf der digitalen Agenda haben. Zudem müssen wir die Schulen dabei unterstützen, dass die Mittel aus dem Sofortprogramm des Bundes zur Ausstattung bedürftiger Haushalte mit internetfähigen Tablets oder Laptops dort auch ankommen. Als Kommune wollen wir, dass alle Essener Schulen über digitale Lernplattformen verfügen. Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass digitale Lernarrangements künftig selbstverständlicher Bestandteil pädagogischen Handelns an unseren Schulen sind.

- **Schulsozialarbeit ausbauen**

Die Schulen mit besonders herausfordernder Schülerschaft müssen wir bei der Erfüllung ihrer nicht immer leichten Aufgaben aktiv unterstützen, unter anderem durch den verstärkten Einsatz von Schulsozialarbeit und multiprofessionellen Teams. Wir werden beim Landesgesetzgeber dafür werben, die Klassengrößen überall dort stärker reduzieren zu können, wo eine besondere Förderung der Schülerinnen und Schüler notwendig ist, um den

unterschiedlichen sozialen Herausforderungen im Stadtgebiet Rechnung zu tragen. Wir wollen in den Grundschulen und den weiterführenden Schulen die Sekretariate stärken.

- **Die Ganztags- und Betreuungsangebote weiter ausbauen**

Die vielen Ganztags- und Betreuungsangebote an Schulen verbessern nicht nur die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, sondern auch die Chancen auf Partizipation von Kindern und Jugendlichen. Daher wollen wir den Weg des Ausbaus der Ganztagsangebote, den wir schon in den vergangenen Jahren begangen haben, konsequent weitergehen und die Ganztagsangebote bedarfsgerecht ausbauen. Immer wichtiger wird dabei die Frage der Qualität der Ganztagsangebote. Hierfür müssen die Qualitätsstandards fortentwickelt und so angepasst werden, dass alle Ganztagsgruppen in den Grundschulen über eine bedarfsgerechte Personalausstattung verfügen. Dabei nehmen wir den Bund, der einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung gesetzlich verankern will, in die Pflicht, gemäß Konnexitätsprinzip dann die erforderlichen Mittel bereitzustellen.

- **Sanierungsstau in den Schulen abbauen**

Erfolgreiches Lernen braucht auch einen einladenden Schulraum und eine gute Ausstattung. Fach- und Klassenräume müssen so ausgestattet sein, dass sie den didaktischen und pädagogischen Anforderungen guten Unterrichts entsprechen. Deswegen haben wir – auch mit großer Unterstützung durch Bund und Land – damit begonnen, den Sanierungsstau in der Schulinfrastruktur aufzulösen und investieren bereits jetzt als Stadt Essen über dreihundert Millionen Euro in die Sanierung und den Neubau von Schulgebäuden.

Wir werden dafür sorgen, dass bis 2022 alle Schultoiletten in unserer Stadt saniert sind und achten darauf, dass dieses unabdingbare und ambitionierte Programm konsequent umgesetzt wird.

- **Sprachförderung verbessern**

Die Zusammensetzung der Bevölkerung und insbesondere der Schülerschaft in der Stadt Essen hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Angestiegen ist die Zahl der Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist und die eine andere kulturelle Prägung erfahren als ihre gleichaltrigen Mitschülerinnen und Mitschüler. Sprache ist der zentrale Schlüssel zur Integration in Kita, Schule, Beruf und Gesellschaft. Hier muss eine frühzeitige Sprachdiagnostik und Sprachförderung einsetzen, damit bereits vor der Einschulung Defizite gezielt abgebaut werden können.

- **Den Weg der Inklusion fortsetzen**

Wir wollen den begonnenen Weg der Inklusion von Menschen mit Behinderungen auch in den kommenden Jahren kontinuierlich weitergehen, denn Bildung ist für uns der Schlüssel zu einem unabhängigen und selbstbestimmten Leben. Wir stehen zu dem zielgleichen Unterricht, allerdings hat sich auch gezeigt, dass die Geschwindigkeit der Reform nicht immer zur vorgesehenen Qualität geführt hat und dass nicht für alle Kinder mit einem besonderen Förderbedarf die Beschulung in einer allgemeinen Schule die beste Variante darstellt. Nicht nur bei mehrfach gehandicapten Kindern und Jugendlichen ist oft die Förderschule weiterhin die Schulform der Wahl. Die Sicherung der bestehenden Förderschulen stellt deshalb eine wichtige bildungspolitische Aufgabe dar.

- **Die Schullandschaft zukunftsfähig machen**

Wir benötigen eine konzeptionell fundierte, zielorientierte, undogmatische und konkrete Schulentwicklungsplanung. Die wachsenden Schülerzahlen erfordern die Schaffung zusätzlicher Plätze, zunächst schwerpunktmäßig in den Grundschulen, dann aufwachsend in den Schulen der Sekundarstufe. Der Anmeldeüberhang bei den beliebten Gesamtschulen kann nur durch die Errichtung einer weiteren Schule dieser Schulform abgebaut werden. Der Mehrbedarf an Räumen der Gymnasien, der sich durch die Umstellung auf den G9-Bildungsgang ergibt, muss gedeckt werden.

Die Planung von Schulinfrastruktur ist bei allen städteplanerischen Prozessen unabdingbar zu berücksichtigen. Das betrifft die kleineren Neubaugebiete, insbesondere aber den neu entstehenden Stadtteil "Essen 51". Alles das soll auf der Basis einer breiten Bürgerbeteiligung erfolgen. Berücksichtigt werden sollten alle wesentlichen lokalen Akteure, wozu auch die privaten Schulträger gehören, die in Essen schon immer eine besondere Rolle gespielt haben und deren Engagement unverzichtbar ist.

- **Konfessionsschulen erhalten**

Die ungebrochen hohe Nachfrage nach Schulplätzen an konfessionellen Bekenntnisschulen in städtischer Trägerschaft belegt die hohe Akzeptanz, die diese Schulart in unserer Stadt genießt. Das gleichberechtigte Nebeneinander von Gemeinschaftsgrundschulen und Bekenntnisschulen setzt ein Zeichen für die Vielfalt gerade der urbanen Gesellschaft und dokumentiert somit den Respekt vor den unterschiedlichen Lebensentwürfen und Einstellungen der Menschen. Das durch die nordrhein-westfälische Landesverfassung garantierte elterliche Schulwahlrecht steht deshalb für uns nicht zur Disposition.

- **Zusammenarbeit mit den Hochschulen und Betrieben fördern**

Wir haben gute Voraussetzungen für Studium und Beruf - zum Beispiel mit der Universität Duisburg-Essen, der Folkwang Universität der Künste, der FOM Hochschule mit ihrem

Hochschulzentrum Essen, der Hochschule der bildenden Künste Essen, der Steinbeis-Hochschule, der VHS und den vielen Fort- und Weiterbildungseinrichtungen in Essen. Gerade unsere Universität mit ihren mehr als 40.000 Studierenden hat ihren Platz unter den zehn größten Universitäten bundesweit behaupten können. Essen muss den bundesweiten Vergleich mit anderen Städten, wenn es um Qualität und Vielfalt des Bildungsangebots geht, nicht scheuen. Die Maßnahmen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen an unseren Hochschulen sind ein wesentlicher Faktor für die feste Verankerung von Wissenschaft, Kunst und Kultur im gesamten Bevölkerungsspektrum der Stadt Essen und sorgen darüber hinaus für eine langfristige Bindung hochqualifizierter junger Menschen an die Region. Wir wollen die Zusammenarbeit und Kooperation dieser herausragenden Essener Bildungsinstitutionen unterstützen und fördern. Diese Zusammenarbeit ist ein Garant für unsere wachsende Stadt. Darüber hinaus muss eine weitere enge Zusammenarbeit aller Schulformen mit den Betrieben in der Stadt Essen etabliert werden, um dem Fachkräftemangel qualifiziert entgegen zu wirken.

## **Platz für Kinder und Familie**

Ohne Familien mit Kindern hat eine Stadt keine Zukunft. Deshalb muss unsere Stadt familienfreundlicher werden. Auf dem Weg zu einer kinder- und familienfreundlicheren Stadt sind wir in Essen in den vergangenen Jahren wichtige Schritte vorangekommen und wollen den Weg weitergehen. Die veränderten Familienstrukturen stellen uns gemeinsam vor neue Herausforderungen. Eltern und die Stadt müssen ihr Verhältnis neu ordnen und partnerschaftlich gestalten. Gegenseitige Erwartungen müssen transparent dargestellt und angeglichen werden.

- **Vereinbarkeit von Familie und Beruf / Ausbau der Kindertagesbetreuung**

Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf spielt für Eltern eine immer größere Rolle in der persönlichen Lebensplanung. Deshalb werden wir den qualitativen und quantitativen Ausbau von Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege weiter vorantreiben. Beim künftigen Ausbau von Kitaplätzen und Kindertagespflegeplätzen müssen auch weiterhin alle Kräfte in der Stadtgesellschaft gebündelt werden. Wir werden uns auch in Zukunft dafür einsetzen, die U3- sowie die Ü3-Betreuung stetig auszubauen. Wir werden weiterhin dafür sorgen, dass die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren vorangetrieben wird.

Auch Unternehmen und Arbeitgeber müssen familienfreundlicher werden. Es ist Aufgabe der Politik, Unternehmen zu unterstützen, die flexible Wiedereinstiegsmöglichkeiten und kindgerechte Teilzeitbeschäftigungsmodelle anbieten und so Eltern die Angst vor einer

beruflichen Auszeit nehmen. Eine verstärkte Einrichtung von Betriebskindergärten ist ein Aspekt dabei.

- **Kinderarmut bekämpfen**

Die Bekämpfung der Folgen von Kinderarmut ist seit Jahren ein Schwerpunkt unserer Politik. Es bestehen bereits vielfältige Konzepte, um die Bildungschancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu erhöhen.

Diese Programme und Strukturen wollen wir konsequent weiterentwickeln, da sie wesentliche Bausteine einer erfolgreichen Bildungsbiografie sind und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft fördern.

- **Außerschulischen Bildungsbereich stärken**

Den außerschulischen Bildungsbereich haben wir über den Dialog mit den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit gestärkt. Mit dem Programm „Kein Abschluss ohne Anschluss“ und dem Aufbau einer Jugendberufsagentur haben wir den Übergang von der Schule in den Beruf strukturell verbessert.

- **Kinderschutz weiter ausbauen**

Um Kindern ein gesundes Aufwachsen von Anfang an zu ermöglichen, haben wir in den letzten Jahren kontinuierlich den Bereich der Prävention ausgebaut und in die frühkindliche Bildung investiert. Es ist uns gelungen, den Eltern- und Babybesuchsdienst und das Unterstützungsprogramm für junge Eltern „Sicherer Start“ weiter auszubauen.

Den Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Vernachlässigung, Gewalt und Missbrauch sehen wir als eine vordringliche Aufgabe. Unsere präventiven und sozialräumlichen Arbeitsansätze sind darauf ausgelegt und müssen weiter ausgebaut werden. Wir setzen uns dafür ein, dass die Jugendhilfe personell und finanziell so ausgestattet ist, dass sie in der Lage ist, frühzeitig Hinweise auf Kindeswohlgefährdungen zu erkennen, geeignete Hilfen anzubieten und bei Gefahr die notwendigen Schutzmaßnahmen für Kinder und Jugendliche einzuleiten. Ein besonderer Schwerpunkt muss auch auf umfassender Fortbildung im Kinderschutz und einer abgestimmten Kooperation von Jugendhilfe, Gesundheitshilfe und Schule zur Abwendung von Gefährdungen liegen.

- **Jugendarbeit muss sich neu ausrichten**

Die Jugendverbandsarbeit und die offene Kinder- und Jugendarbeit ermöglichen Teilhabe am öffentlichen Leben und stärken die Selbstfindung und das Selbstbewusstsein von Kindern und Jugendlichen. Doch die Jugendlichen sind heute anspruchsvoller. Sie wollen selbst



stärker darüber entscheiden, welches Angebot sie wahrnehmen und wie sie sich in die Gesellschaft einbringen wollen. Daher sind Vielfalt, Abwechslung und die Möglichkeit zur Mitsprache besonders wichtig. Wir brauchen die offene Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendverbandsarbeit, die auf die geänderten Bedürfnisse der jungen Menschen reagiert und offen ist für neue Konzepte und Angebote.

Junge Menschen wollen beteiligt werden. Die Erfahrungen aus der jugendpolitischen Bildung und des Projektes „MitWirkung!“ der Bertelsmann-Stiftung wollen wir nutzen und die Selbstorganisation junger Menschen stärker fördern.

- **Vielfalt als Normalität**

Die Stadt Essen ist Unterzeichnerin der „Charta der Vielfalt“. Wir begrüßen die Aspekte der Diversität in unserer Stadt und aller ihrer Lebensbereiche. Dies gilt sowohl für die Bevölkerung der Stadt, in der LSBTI\* ein fester Bestandteil sind, als auch für die Stadt als Arbeitgeberin. Dazu trägt das von LSBTI\*, Politik und Verwaltung erstellte „Handlungskonzept Gleichgeschlechtliche Lebensweisen“ bei. Wir wollen es aktualisieren und fortgeschrieben sowie insbesondere auf intersexuelle und transsexuelle Menschen erweitern. Wir stehen als christliche Partei Personengruppen unterstützend zur Seite, die unter Diskriminierung und Stigmatisierung leiden oder denen Menschenrechte verwehrt werden. Wir erkennen die Arbeit der Aids-Hilfe und auch des Jugendzentrums „Together“ sowie weiterer Akteure im Bereich der LSBTI\* an und treten für die weitere institutionelle Förderung durch die Stadt Essen ein.

## **Umwelt- und Klimaschutz vorantreiben**

Umwelt und Naturschutz beinhaltet Boden-, Immissions- und Gewässerschutz. Ruhrverband, Emscher Genossenschaft und Stadtwerke sind starke Partner. Grüne Bänder und Frischluftschneisen sichern Wohnqualität. Wohnquartiere in Essen wurden durch die Einbeziehung des Mediums Wasser und gut angelegte Grünanlagen zu wertvollen Erholungsräumen. Das Projekt der „Neuen Wege zum Wasser“ hat große Erfolge auch für den Wohnungsbau gebracht. Eine Stadt benötigt ausreichende Freizeit- und Erholungsgebiete.

Wir setzen auf Partnerschaften mit den Umwelt- und Naturschutzverbänden bei der Entwicklung und Umsetzung unserer Umweltstrategien. Wir wollen, dass die Vergabe von Patenschaften an interessierte Initiativen, Unternehmen und Einzelbürger weiterhin immer wieder geprüft wird.

- **Klimaschutz weiter ausbauen**

Die Grüne Hauptstadt Europas war für Essen ein großer Erfolg. Es gilt nun die mit der Bewerbung verbundenen Ziele weiter zu verfolgen. Dies bedeutet unter anderem, dass wir die Treibhausgasemissionen weiter reduzieren und Essen weitgehend klimaneutral wird.

Das beinhaltet ebenso die Erarbeitung von Anpassungsstrategien zum Schutze der Bevölkerung, sowie von Flora und Fauna vor den Folgen der Erderwärmung. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürger wollen wir unsere Klimaschutzkonzepte zur Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen umsetzen. Dazu zählt effizientere Nutzung aller Verkehrsträger, Wandel im Mobilitätsverhalten und intelligente Ampel- und Verkehrsleitsysteme.

Der Wald in Essen ist - wie anderswo - bedroht. Hohe Temperaturen und Trockenheit schwächen die Bäume und ermöglichen die massive Ausbreitung von Schädlingen. Damit unsere Wälder erhalten bleiben, bedarf es auf den geschädigten Flächen einer Aufforstung. Angesichts des sich ändernden Klimas müssen bei Bedarf auch nicht heimische Baumarten stärker in Betracht gezogen werden. Wir unterstützen Bemühungen, durch die Reduzierung von Verpackungen und die Ausweitung des Recyclings die Müllmengen in der Stadt deutlich und nachhaltig zu reduzieren sowie wertvolle Rohstoffe wieder in den Kreislauf zurückzuführen.

Essen soll sich zudem als Zentrum für Innovation auch im Umweltbereich etablieren. Dazu gehört eine deutliche Steigerung der Energieberatung sowie die Entwicklung der Vorreiterschaft auf dem Gebiet der Brennstoffzellentechnik.

- **Lärmschutz intensivieren**

Lärm kann krank machen. Daher brauchen wir umfassende Lärmaktionspläne, vor allem in denjenigen Gebieten, die nach der vorgenommenen Lärmkartierung besonders belastet sind. Dabei ist die Öffentlichkeit intensiv zu beteiligen. Im Rahmen der Lärminderungspläne sind Schallschutzmaßnahmen zu verstärken. Flüsterasphalt kann Abhilfe schaffen.

- **Gewässerqualität weiter verbessern**

Wir wollen weiterhin dafür Verantwortung zeigen, dass die Qualität der städtischen Gewässer so gut bleibt und weiter verbessert wird. Dabei müssen die Quellgebiete ökologisch aufgewertet, die Bachoberläufe instandgesetzt und an die Erfolge der Emscher-Renaturierung angeknüpft werden. Auch andere kleine Gewässer in Essen wie der Deilbach erhalten wieder einen natürlichen Lauf.

- **Landwirtschaft ist bedeutend für Umwelt- und Naturschutz**

Die Landwirtschaft leistet einen großen Beitrag für die Nahversorgung der Essener Bevölkerung mit frischen und regionalen Lebensmitteln sowie zur Erhaltung einer abwechslungsreichen Landschaft mit hohem Erholungswert durch den jährlichen Wechsel der angebauten Kulturen wie Getreide, Rüben, Kartoffeln, Mais und Futterpflanzen.

Sie ist darüber hinaus Dienstleister für die städtische Bevölkerung bei der Freizeitgestaltung vor Ort und stellt Umweltleistungen – wie die Schließung von regionalen Nährstoffkreisläufen, z.B. die Biotonne – bereit.

Eine nachhaltige Landwirtschaft ist dafür ebenso wichtig wie lebendiges Handwerk und gesunder Mittelstand. Wir stehen für die zukunftsfähige Entwicklung der Landwirtschaft. Unser Leitbild ist die bäuerliche Landwirtschaft, die hochwertige Lebensmittel erzeugt, umweltfreundlich wirtschaftet und gut mit den Tieren umgeht. Auf diesem Weg werden wir die Landwirtschaft unterstützen.

- **Insekten besser schützen**

Insekten sind zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zur Sicherung von Erträgen in der Landwirtschaft und Obstanbau unverzichtbar. Sie benötigen ganzjährig ein reichhaltiges und vielfältiges Blühangebot. Mit der grünen Hauptstadt wurden in Essen viele Blühinseln und -beete auch im Innenstadtbereich geschaffen. Kleereiche Wiesen, Obstwiesen und Blühaspekte im Außen- und Randbereich der Stadt sind nicht nur in den Landschaftsschutzgebieten weitestgehend zu erhalten. Wir wollen die Maßnahmen zum Schutz der Insekten weiter verbessern und ausbauen.

- **Verbesserung der Grünpflege**

Wir müssen die Pflege unserer Grünanlagen verbessern. Hierzu müssen wir Pflegeintervalle erhöhen und die Reinigung unserer Parks mit ihren teils historischen Anlagen - Grugapark, Schlosspark in Borbeck oder der neue Krupp-Park - qualitativ und quantitativ ausweiten.

Ergänzend unterstützen wir das ehrenamtliche Engagement unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Pflege von grünen Beet- und Baumanlagen in den Stadtteilen. Ähnlich wie bei Spielplatzpatenschaften sprechen wir uns für mehr Transparenz und Werbung für dieses umwelttechnisch zunehmend unverzichtbares Ehrenamt aus.

- **Verbraucherschutz stärken**

Wir bekennen uns klar zu den besonderen Aufgaben des Verbraucherschutzes. Dies gilt sowohl für die Verbraucherbildung wie auch für die Durchsetzung von Verbraucherrechten

und den Schutz besonders sensibler Gruppen wie z.B. Jugendlicher, älterer Menschen, Zuwanderer. Grundpfeiler des Verbraucherschutzes ist eine gut funktionierende Produkt- und Lebensmittelüberwachung.

- **Kleingartenwesen stärken**

Das Essener Kleingartenwesen steht für eine historisch gewachsene Kleingartenkultur. Sie ist ein Teil des bürgerschaftlichen und ökologischen Engagements in unserer Stadt. Wir unterstützen deshalb Bemühungen zur Sicherung und Weiterentwicklung der Kleingärten und des Kleingartenwesens in Essen.

## **Essen bleibt mobil**

Oberstes Mobilitätsziel der Stadt Essen ist es, bis spätestens 2035 die Mobilitätswende zu erreichen: Jeweils 25 Prozent der Wege sollen dann mit dem Fahrrad, dem ÖPNV (Öffentlichen Personennahverkehr), dem Auto oder zu Fuß zurückgelegt werden. Die Infrastruktur des Ruhrgebiets wurde primär für den Autoverkehr ausgelegt. Die Kapazitäten unserer Straßen reichen jedoch schon lange nicht mehr aus. Trotz moderner Motoren- und Abgasreinigungstechnologien sind die Schadstoffwerte stellenweise zu hoch. Wir sind gegen neue Restriktionen für den Individualverkehr. Was wir brauchen, ist eine bessere Vernetzung aller Verkehrsträger und bessere Angebote, die einen Verzicht aufs Auto zur attraktiven Alternative machen. Themen wie die Steigerung der Attraktivität unseres ÖPNV oder die Nutzung alternativer Verkehrsmittel, wie z.B. dem Fahrrad, müssen stärker forciert werden. Dazu gehört auch, die Voraussetzungen für zur Nutzung zukünftiger Technologien zu schaffen. Vor allem müssen aber all diese Mobilitätsmöglichkeiten sinnvoll miteinander abgestimmt werden. Die Interessen auch der Fußgängerinnen und Fußgänger müssen bei der städtischen Verkehrsplanung stark berücksichtigt werden.

Unser Ziel dabei: wir wollen es allen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern möglichst einfach machen, zeitsparend, komfortabel, günstig und umweltfreundlich in Essen und im Ruhrgebiet von A nach B zu kommen.

- **ÖPNV verbessern**

Wir wollen das Angebot im Öffentlichen Personennahverkehr weiter ausbauen. Dazu gehört ebenso ein zuverlässiges Angebot in den Randzeiten und Randgebieten wie angemessene Taktzeiten am Wochenende und dort wo möglich privilegierte und staufreie Busspuren.

Weitere konkrete Bausteine sind die Verlängerung der Linie U 11 bis Haarzopf sowie der Bau einer neuen Straßenbahnlinie über das neue Wohnbaugebiet Essen 51 hinaus bis zur

Hafenstrasse. Wir streben ergänzend eine engere Kooperation mit den Nachbarstädten und ihren Verkehrsbetrieben an, um das Angebot des ÖPNV nicht an der Stadtgrenze enden zu lassen.

Nach der Fertigstellung der Bahnhofstangente - die neue Straßenbahnlinie vom Krupp-Gürtel zum Hauptbahnhof - wollen wir die Taktfrequenzen der U- und Straßenbahnlinien erhöhen (aus technischen Gründen nicht früher möglich).

Die Gründung der seitens der Städte Essen und Mülheim/Ruhr betriebenen Ruhrbahn war ein erster wichtiger Schritt. Unser Ziel ist die schnellstmögliche Bildung einer Kommunen übergreifende Nahverkehrsgesellschaft im Ruhrgebiet. Nur so kann der ÖPNV sinnvoll und nachhaltige in der Ruhrregion gestaltet und ausgebaut werden.

Zu einem komfortablen und attraktiven ÖPNV gehört auch ein zuverlässiges Angebot in den Randzeiten und am Wochenende sowie in den Randgebieten unserer Stadt.

Wer mit einem öffentlichen Verkehrsmittel fährt, muss sich dabei auch sicher fühlen können. Stadt und Ruhrbahn müssen gut zusammenarbeiten, um eine hohe Sicherheit in und um Haltestellen, in Bussen und Bahnen zu gewährleisten. Der Einsatz von Sicherheitspersonal und Videoüberwachung, aber auch eine ausreichende Beleuchtung von Haltestellen werden die objektive Sicherheit, aber auch das subjektive Sicherheitsgefühl der Fahrgäste erhöhen.

Die Nutzung des ÖPNV sollte so einfach sein, dass auch Gelegenheitsfahrer gerne und problemfrei eine Fahrkarte kaufen. Am besten geht das mit einer integrierten App für das Smartphone. Aber auch ohne Smartphone muss es einfacher werden, eine Fahrkarte zu kaufen.

- **Fahrradinfrastruktur ausbauen und attraktiv gestalten**

Wir streben den zügigen und bedarfsgerechten Ausbau eines flächendeckenden Radwegenetzes für Essen an, das aus einigen Hauptverkehrsachsen als Gerüst, sowie verbindenden Radwegen und Radfahrstreifen an Straßen bestehen soll.

Wir wollen dort wo es möglich und für das Radwegnetz sinnvoll ist, eigene Trassen für die Hauptverbindungen des Radwegenetzes einrichten. Der Radschnellweg 1 ist ein bereits bestehendes Beispiel dafür. Wo dies nicht möglich ist, sollen Radwege so gut es geht vom Autoverkehr getrennt werden. Dies ist durch alternative Routen, z.B. durch Einbindung von Fahrradstraßen (Nebenstraßen, in denen Fahrräder Vorrang haben) oder durch deutlich sichtbar abgetrennte Fahrradwege am Rande einer Straße möglich. Zudem soll beim Neu-

und Umbau von Straßen die Einrichtung einer Fahrradspur mit baulicher Trennung zur Fahrbahn geprüft werden.

Wir benötigen deutlich mehr Fahrradstellplätze im öffentlichen Raum. Darüber hinaus wollen wir auch die Anzahl der vermietbaren Fahrradboxen in Essen erhöhen.

Wir begrüßen die Einrichtung von Fahrradparkhäusern und von Radstationen, bei denen neben bewachten Fahrradparkplätzen auch Service rund ums Rad angeboten wird.

- **Verkehrsträger besser vernetzen**

Es liegt auf der Hand, dass eine Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger die beste Möglichkeit bieten sollte, in unserer Stadt mobil zu sein. Unser Ziel ist also, schnellen und unkomplizierten Wechsel zu gewährleisten und die Nutzer auf einem für sie optimalen Weg durch die Stadt zu leiten.

Das Umsteigen vom PKW auf ein anderes Verkehrsmittel bedingt, dass der PKW z.B. an einer Haltestelle abgestellt wird. Um das Umsteigen attraktiv zu machen, schlagen wir ein Park&Ride-Konzept vor. Wir werden prüfen lassen, wo es in unserer Stadt sinnvoll ist, Parkplätze mit schnellen ÖPNV-Verbindungen ins Zentrum einzurichten. Gerade für Pendler aus anderen Städten erscheint dieses Konzept mit Parkplätzen an den Stadtgrenzen sinnvoll.

Auch der Umstieg auf Carsharing oder Leihfahrräder muss möglichst attraktiv gestaltet werden, hier sollten weitere Abstellflächen an ÖPNV-Haltestellen liegen und von dort gut gefunden werden. Denn auch eine Hinfahrt mit dem ÖPNV und eine Rückfahrt mit dem (Leih-)Auto könnte bei entsprechendem Angebot immer mehr nachgefragt werden.

Wir unterstützen den flächendeckenden Ausbau der Infrastruktur für Wasserstoffautos und E-Autos im privaten und öffentlichen Raum, um ein attraktiver Standort zu sein.

- **Ausbau der Verkehrswege**

Wir fordern den Weiterbau der A 52 – soweit es möglich ist in Tunnellage – mit Anschlussstelle Lierfeld- und Gerlingstraße. Wir setzen uns zudem für die Untertunnelung der Ruhrallee mit der Anbindung der Westfalenstraße, der Frankenstraße und der Marie-Juchacz-Straße ein. Wir halten beide Vorhaben für sehr wichtig.

Für die Bereiche Byfang, Dilldorf, Heisingen und Kupferdreh fordern wir die Einhausung der A44 auf Essener Stadtgebiet.

Um die durch den dreispurigen Ausbau der A40 bis Frohnhausen nach Essen geführten Verkehre bewältigen zu können, machen wir uns weiter aktiv für die Fortführung der

Dreispurigkeit bis zur Anschlussstelle Essen-Zentrum stark. Dies kann nur mit einer Überdeckung der A40 im Bereich Holsterhausen und Frohnhausen erfolgen. Die Überdeckung bietet die Möglichkeit die U-Stadtbahn auf dem Deckel weiterzuführen und schafft erhebliche städteplanerische Vorteile, indem sie die beiden betroffenen Stadtteile wieder zusammenrückt und so belebt.

- **Gesamtkonzept für den Flughafen Essen/Mülheim**

Wir sprechen uns dafür aus, im Rahmen des Prozesses zur Entwicklung eines schlüssigen Gesamtkonzeptes für den Verkehrslandeplatz Essen/Mülheim („Masterplan Flughafen“), auch Varianten mit Aufrechterhaltung des Flugbetriebs (ggf. in kompakterer Variante) aufzuzeigen. Eine künftige Nutzung mit stärkerer Lärmbeeinträchtigung als bisher lehnen wir strikt ab.

## **Essen bleibt Kulturhauptstadt**

Die Auszeichnung als „Kulturhauptstadt Europas 2010“ hat das kulturelle Leben in der Stadt und das Zusammenwirken in der Region nachhaltig verändert und bereichert. Im Jahr 2020 feiern wir 10-jähriges Jubiläum als Kulturhauptstadt. Diese Erfolgsgeschichte gilt es zu bewahren und für die nächste Dekade weiterzuentwickeln.

Kultur ist Ausdruck des Selbstbewusstseins der Stadtgesellschaft und ein wichtiger Faktor der Stadtentwicklung. Der Leitsatz der Kulturhauptstadt „Wandel durch Kultur“ ist auch Auftrag, den Zugang zum Kulturleben in Essen nicht nur baulich barrierefrei zu gestalten und die Teilhabe an kulturellen Angeboten nachhaltig zu fördern. Das gilt für unsere national und international ausstrahlenden Einrichtungen der Theater und Philharmonie Essen, das Museum Folkwang und das Ruhr Museum Zollverein ebenso wie für die städtischen Einrichtungen der kulturellen Bildung und Vermittlung wie der Folkwang Musikschule, der Volkshochschule, der Stadtbibliothek, dem Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv und der Alten Synagoge. Sie alle sind zugleich Orte der Begegnung und der Auseinandersetzung mit dem kulturellen Erbe und erfüllen eine wichtige Aufgabe im gesellschaftlichen Diskurs. Die Kulturlandschaft in Essen lebt auch von den freien Kultureinrichtungen, Künstlern und Kreativen und den Vereinen der Breiten- und Laienkultur. Sie bereichern in ihrer Vielfalt das kulturelle Leben in der Stadt und den Stadtteilen und sind Teil unserer kulturellen Identität.

- **Theater und Philharmonie Essen**

Wir wollen alle fünf Sparten der Theater und Philharmonie erhalten und ihre hohe künstlerische Qualität sichern. Projekte mit anderen Kultureinrichtungen, Schulen und sozialen Einrichtungen wollen wir weiterentwickeln und stärken.

- **Museen und Orte der Erinnerung**

Die Museen und Einrichtungen der Erinnerungskultur müssen so ausgestattet sein, dass sie ihrem Auftrag der Bewahrung und Vermittlung von Kunst und Stadtgeschichte in einer wachsenden, sich wandelnden Stadt auch in Zukunft gerecht werden können. Die Zusammenarbeit der Einrichtungen untereinander und mit der Region, dem Land und privaten Förderern soll weiter gestärkt werden.

- **Kulturelle Bildung und Teilhabe**

Kulturelle Bildung richtet sich grundsätzlich an alle Lebensalter und muss so als Querschnittsaufgabe aller Kultur- und Bildungseinrichtungen der Stadt entwickelt werden. Die Stadtbibliothek übernimmt in der Förderung der Lese- und Medienkompetenz eine besondere Aufgabe und muss sich den veränderten gesellschaftlichen Voraussetzungen anpassen. Mit der Einführung von kostenlosen Ausleihen von Büchern und Medien für Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren haben wir den Zugang zu unseren Bibliotheken für diese Altersgruppe erleichtert.

- **Lebenslanges Lernen, Bildung und Begegnung**

Vielseitige Bildung und Weiterbildung sind heute zunehmend bedeutsam für den beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Als Kultureinrichtungen müssen hier vor allem die Folkwang Musikschule (FMS) und die Volkshochschule (VHS) ihre Angebote immer wieder an neue Anforderungen anpassen. Neben einer angemessenen personellen Ausstattung soll die Kooperation mit städtischen Bildungseinrichtungen und freien Trägern unterstützt werden. Bei der Folkwang Musikschule soll im Sinne des Folkwang Gedankens eine Erweiterung der Handlungsfelder im Bereich der musischen Bildung geprüft werden.

- **Freie Kultureinrichtungen, Breiten- und Laienkultur**

Als Orte der Begegnung und der kulturellen Bildung übernehmen die freien Kultureinrichtungen, Theater, Chöre und Kulturvereine generationenübergreifend wichtige kulturelle und soziale Aufgaben vor allem in den Stadtteilen. Die städtische Kulturförderung muss den Leistungen freier Träger für das kulturelle Leben der Stadt angemessene Rechnung tragen. Kooperationsprojekte untereinander und mit städtischen Kultureinrichtungen eröffnen neue Wege im Kulturangebot.

- **Kultur und Tourismus**

Die Breite der kulturellen Angebote in Essen können nur wenige Städte in Deutschland bieten. Das Kultur- und Freizeitangebot unserer Stadt ist ein nicht zu unterschätzender



Standortfaktor. Die Lebensqualität, die Essen bietet, macht unsere Stadt zunehmend interessant für Tourismus, insbesondere für Städtereisen.

Wir setzen uns auch weiterhin für die Förderung des Tourismus ein. Dies ist zudem eine hervorragende Chance, um den positiven Imagewandel, den Essen insbesondere in den letzten Jahren erlebt, weiter zu stärken. Wir unterstützen die EMG dabei, aktiv für Stadt und Standort auf nationaler wie internationaler Ebene zu werben. Unser Ziel liegt darin, die Anzahl der Übernachtungen – sowohl durch Geschäftsreisende als auch durch Touristen – in Essen weiter zu steigern.

- **Beflaggung städtischer Gebäude**

Wir treten dafür ein, dass möglichst viele städtische Gebäude mit den Fahnen der Stadt Essen, Nordrhein-Westfalens, Deutschlands und der Europäischen Union beflaggt werden. Diese Flaggen sind Symbol unserer Grundwerte sowie unserer freiheitlichen Gesellschaft und sollten im Stadtbild stärker auftreten.

## **Essen muss digitaler werden**

Wir sind in Essen auf einem guten Weg zur Digitalisierung. Nahezu alle kommunalen Handlungsfelder werden hier in den Blick genommen. Wir brauchen in Essen diese digitalen Lösungen für die Dienstleistungen der Verwaltung. Dies lässt sich nur durch eine einvernehmliche Entwicklung der Angebote auf Ebene von Bund, Ländern und Kommunen erreichen. Dabei müssen die Interessen der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt stehen. Nur wenn diese die Online-Dienste akzeptieren, werden sie auch genutzt.

- **Digitalisierung als Hilfsmittel zur Verbesserung der Verwaltungsstruktur**

Im Hinblick auf Verwaltungsleistungen ist die Digitalisierung ein Mittel für effizientere, einfachere sowie zeit- und ortsunabhängige Verwaltungsprozesse, die die Bürgerinnen und Bürger zu Recht von uns erwarten.

Ziel ist es für Bürgerinnen und Bürger attraktive Online-Angebote bereitzustellen, Arbeitsprozesse zu digitalisieren und gemeinsam mit Bund, Land und anderen Kommunen arbeitsteilig vorzugehen.

Die Digitalisierung ist nicht Mittel zum Zweck, sondern dient dazu, die Dienstleistungen der Stadt für die Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und die Verwaltungsstrukturen zu vereinfachen.

- **Digitalisierung verändert die Arbeitswelt**

Die Kommune muss sich mit Themen wie neuen Arbeitszeitmodellen, ortsunabhängigen Arbeitsplätzen, offenen Bürosituationen und dem mobilen Arbeiten befassen, um für Bewerberinnen und Bewerber attraktiv zu sein. Deshalb begrüßen wir die Planungen zum Neubau des „BürgerRatHauses“, in dem diese Prinzipien umgesetzt werden sollen.

- **CONNECTED.ESSEN ist ein wichtiger Baustein**

Die in Essen gestartete Smart City-Initiative CONNECTED.ESSEN, schafft einen wichtigen Rahmen und das nötige Netzwerk zur Entwicklung der Stadt, in den sich die Digitale Verwaltung als Handlungsfeld einfügt. Diese Initiative unterstützen wir und wollen sie weiter ausbauen. Dazu streben wir im gesamten Stadtgebiet den flächendeckenden Ausbau eines schnellen Glasfasernetzes sowie der 5G-Technologie an

- **Ruhr Hub weiter fördern**

Über die Hubs der Digitalen Wirtschaft NRW kommen auch die dort engagierten Kommunen in den Kontakt zu jungen Startups und lernen agile Projekte und Lösungen kennen, die auch den Kommunen helfen können. Unternehmen können die Hubs unterstützen, um regionale Themen voran zu treiben und bei der Entwicklung solcher Startups zu helfen. Der Ruhr Hub mit seinem Sitz in Essen ist sehr erfolgreich und bedarf der weiteren Unterstützung durch die Politik.

## **Integration mit Regeln und Leitlinien statt Beliebigkeit**

In Essen leben etwa 590.000 Einwohner, ca. 27 Prozent von ihnen haben einen Zuwanderungshintergrund; in einigen nördlichen Stadtteilen liegt der Prozentsatz deutlich höher und bei den Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren hat bereits jeder zweite einen Zuwanderungshintergrund. Diese Zahlen zeigen, dass das Thema Integration für uns als Volkspartei ein ganz Zentrales ist. Personen, die sich den gesetzlich verpflichtenden Integrationsmaßnahmen entziehen, sind im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten konsequent zu sanktionieren.

Für die Stadt Essen ist das Thema Integration somit kein Neuland. Die Aufnahme von zugewanderten Menschen ist seit Jahrzehnten ein wichtiger Schwerpunkt der Essener Stadtpolitik und Stadtgesellschaft. Hier vor Ort, wo die Menschen leben, wo der Alltag stattfindet, geht es um Unterbringung und Begegnung, um Sprachkurse, Kitas, Schulen und Wohnungen, aber auch um die Sicherstellung der notwendigen gesellschaftlichen Akzeptanz in der Breite der Gesellschaft, damit Integration gelingen kann.

Einer guten ämterübergreifenden Zusammenarbeit, einem konstruktiven Mitwirken der Essener Wohlfahrtsverbände sowie dem großen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger ist es zu verdanken, dass wir im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise 2015 über 20.000 Menschen in den Essener Wohnungsmarkt unterbringen konnten. Auf der anderen Seite haben uns die letzten Jahre gezeigt, dass auch der Aufnahmefähigkeit einer Stadtgesellschaft Grenzen gesetzt sind.

- **Integration heißt fördern und fordern**

Für die Gegenwart und Zukunft bleibt die gesellschaftliche Integration einer der Schwerpunkte kommunalen Handelns. Es gilt hinzugekommene Menschen, die aus unterschiedlichen Ländern und mit verschiedensten sozialen, kulturellen, religiösen oder bildungsspezifischen Sozialisierungen und Prägungen ihre Heimat in Essen gefunden haben, zu integrieren. Allen bieten wir mit hohem Aufwand ein breites Spektrum von Integrationsangeboten an. Im Gegenzug verlangen wir von jedem Einzelnen den Willen und die Tatkraft zur Integrationsbereitschaft. Dazu gehört auch der Erwerb der deutschen Sprache, da dies ein zentraler Schlüssel zur Integration ist.

Um auch zukünftig die Willkommenskultur in Essen zu gewährleisten, werden wir deshalb darauf hinwirken, dass der Personenkreis, der kein Bleiberecht nach abschließender rechtlicher Prüfung zugesprochen bekommt, Deutschland und unsere Stadt schnellstmöglich wieder verlassen muss. Zudem heißt Asyl Schutz auf Zeit. Wenn der Fluchtgrund entfällt, müssen Asylsuchende in ihre Heimatländer zurückkehren.

- **Libérale Werteordnung - Charta des Zusammenlebens in Essen**

Für uns steht fest: Integration beinhaltet auch eine Bringschuld. Sie umfasst die Achtung und Wahrung unserer Verfassung, der Grundrechte und Gesetze und der demokratischen Ordnung sowie die schnellstmögliche Erlernung der deutschen Sprache und die frühestmögliche Sicherung des eigenen Lebensunterhaltes. Darüber hinaus gibt es etwas, was uns im Innersten verbindet und auf den Grundlagen der abendländisch christlich-jüdischen Tradition, der Aufklärung und dem Humanismus basiert; Werte und Prägungen, die für Identität und Zusammenhalt stehen. Diese liberale Werteordnung ist das Gegenteil von Multikulti und Beliebigkeit, sie beschreibt die Charta des Zusammenlebens in unserer Gesellschaft, sie ist Richtschnur und Handlungsmaxime. Wer auf Dauer bei uns bleiben möchte, muss sich daran orientieren.

Wir stellen uns entschieden gegen jeden Antisemitismus und die Diskriminierung von Juden oder anderer Religionen in unserer Stadt.

- **Die Essener Stadtgesellschaft im Wandel**

Zukünftig wollen wir, dass in allen Fragen der Stadtplanung, von der Wohnbebauung bis zur sozialen Infrastruktur, das Thema Integration eine Berücksichtigung findet. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass für ausgewählte Stadtbezirke/ Stadtteile eine sog. Milieu-Studie erstellt wird, um das Datenmaterial für ein wirklichkeitsgetreues Bild der soziokulturellen Vielfalt in Essen zu erlangen. Ziel ist es, eine weitere Konzentration von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in bestimmten Stadtquartieren, welche sich sonst zu Parallelgesellschaften verfestigen, zu verhindern und die Durchlässigkeit der Stadtgesellschaft zu stärken.

In Essen haben wir gute Rahmenbedingungen für die Integration von Zuwanderern geschaffen. Integration setzt Begegnung und Kontakt voraus. Daher unterstützen wir integrationsfördernde Maßnahmen und Veranstaltungen der Stadtgesellschaft. Das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement von Schulen, Kirchen, Vereinen und Migrantenorganisationen in unserer Stadt ist dafür ein sichtbares Zeichen. Es gibt eine Vielzahl von Integrationsmaßnahmen. Diese wollen wir mit einem regelmäßigen Integrations-Monitoring auf ihre Wirksamkeit überprüfen.

Zur Würdigung und Anerkennung der zahlreichen ehrenamtlichen Organisationen in der Integrationsarbeit wird auf unsere Anregung hin - zukünftig in regelmäßigen Abständen - der Essener Integrationspreis vergeben.

- **Muslime in unserer Stadt**

Der Dialog mit dem Islam findet durch die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aus der Türkei und den arabischen Staaten vor unserer Haustür statt. Der Islam stellt mittlerweile die zweitgrößte Religionsgruppe nach den christlichen Kirchen in Essen dar. Die Moscheegemeinden müssen ihren Beitrag zur Offenheit und zum Dialog beitragen. Sie besitzen eine wichtige Brückenfunktion zwischen den muslimischen Zuwanderern und der Stadtgesellschaft. Grundlage der Zusammenarbeit mit den islamischen Institutionen ist deren vorbehaltloses Bekenntnis zum Grundgesetz.

Wir setzen uns dafür ein, dass in der Integrationsarbeit zukünftig verstärkt mit liberal-islamischen Vertretern, Institutionen und Verbänden zusammengearbeitet wird, um die Vielfalt im Islam sichtbar zu machen und moderne und progressive Kräfte zu stärken. Im Gegensatz dazu muss der aus dem Ausland ausgeübte Einfluss auf islamische Gemeinden in Essen deutlich verringert sowie deren finanzielle Abhängigkeit von Drittstaaten sichtbar gemacht werden.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass künftig die Imame in Essener Moscheen in Deutschland ausgebildet und die Predigten in deutscher Sprache gehalten werden. Muslimisches Leben in Essen ist ausdrücklich willkommen, aber wir legen Wert darauf, dass mit dem Begriff „Kultursensibilität“ keine Aufweichung unserer Rechtsordnung einhergeht. Wir setzen uns zudem dafür ein, dass das Tragen der Burka oder eines Niqab in der Öffentlichkeit, wo immer dies rechtlich möglich ist, verboten wird. Die Errungenschaften der Gleichberechtigung sind für uns nicht verhandelbar und müssen für alle gelten. Das Tragen eines Kopftuches durch religionsunmündige Kinder in der Kita oder Schule lehnen wir ab.

Muslimen müssen ihre Religion in Essen angemessen ausüben können. Die Akzeptanz von Moscheen in den Essener Stadtteilen hängt dabei ganz wesentlich von der Form des Umgangs mit Genehmigungen, Bau bzw. Umbau und Gestaltung ab.

- **Russlanddeutsche – Verantwortung für eine gemeinsame Geschichte**

Den Deutschen aus Russland gegenüber empfinden wir eine besondere Verpflichtung. Sie haben als Deutsche besonders unter den Folgen des ersten und zweiten Weltkrieges leiden müssen. Wir setzen uns für die Pflege und Bewahrung ihrer Geschichte und die Anerkennung ihres Schicksals ein. Die jungen Spätaussiedler bedürfen einer besonderen Aufmerksamkeit bei der Integration, denn sie stehen oft zwischen der hiesigen Kultur und der Kultur des Herkunftslandes.

## **Zukunftsweisende Seniorenpolitik für Essen**

Der Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst. In Essen ist die Gruppe der über 65-Jährigen schon heute größer als die Gruppe der unter 18-Jährigen. Dieser Trend wird sich weiter fortsetzen.

Eine immer älter werdende Stadtgesellschaft wird das Zusammenleben, die sozialen, sportlichen und kulturellen Angebote sowie die Wirtschaft in den nächsten Jahren nachhaltig verändern. Unsere Stadt ist auf ein gutes Miteinander der verschiedenen Generationen angewiesen. Der demografische Wandel ist eine wichtige Querschnittsaufgabe für die Politik und für alle Verwaltungsbereiche.

Der Rat der Stadt hat bereits 2016 den ersten Essener Seniorenförderplan beschlossen. Er ist bundesweit ein sozialpolitischer Leuchtturm. Damit ist in der letzten Wahlperiode unter unserer maßgeblichen Mitarbeit im zuständigen Fachausschuss und unseren Vertreterinnen

und Vertretern im Seniorenbeirat ein städtisches Instrument zur Förderung seniorengerechter Projekte geschaffen worden. Der Seniorenförderplan zielte seitdem auf Projekte für alle Essener Bürgerinnen und Bürger über 65 Jahren. Insbesondere sollen Wohnquartiere so gestärkt werden, dass Menschen nach ihrem eigenen Wunsch bis ins hohe Alter so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung bleiben können. Es gilt der Grundsatz ambulant vor stationär.

Wir stehen mit unserer Seniorenpolitik dafür ein, dass die Teilhabe älterer Menschen am Leben in Gemeinschaft ermöglicht wird. Dazu gehört auch die Mitgestaltung des Gemeinwesens und die Ermöglichung bürgerschaftlichen Engagements.

- **Unterstützung der Beschäftigungsmöglichkeit nach dem Erwerbsleben**

Die jetzige und kommende Generation der Senioren im Rentenalter ist gesundheitlich weitaus besser gestellt, als vorhergehende Generationen. Bei vielen Ruheständlern ist der Wunsch nach Weiterbeschäftigung im ausgeübten Beruf oder an anderer Stelle als sinnvoller Lebensinhalt vorhanden. Dabei ist es unerheblich, ob dem Wunsch auch materielle Ursachen zugrunde liegen. Wir wollen mit einer eigenen, qualifizierten Ansprechstelle im Jobcenter (oder der Arbeitsagentur) für diesen Personenkreis leichte Zugangs- und Vermittlungsmöglichkeiten schaffen.

- **Flächendeckende Angebote für Senioren**

Wir werden in den nächsten Jahren dafür sorgen, dass in unserer Heimatstadt flächendeckend Angebote der Seniorenarbeit vorhanden sind. Dafür sollen Bürgerinnen und Bürger verlässliche Ansprechpartner in funktionierenden Netzwerken in allen Teilen unserer Stadt für ihre Belange finden. Diese Angebote bilden einen maßgeblichen Rahmen, damit wir in den nächsten Jahren den demographischen Wandel positiv und generationengerecht gestalten können. Wir wollen Vereinsamung und Armut im Alter bekämpfen. Wir wollen, dass sich alle Menschen in Essen, ob Alt oder Jung, wohl und sicher fühlen. Ärztliche und pflegerische Versorgung muss ebenso flächendeckend sichergestellt sein wie das Angebot an Apotheken.

- **barrierefreies Wohnen ausbauen**

Bei der Stadtplanung und der Wohnungspolitik müssen wir stärker darauf achten, dass ältere Bürgerinnen und Bürger auch bei nachlassender körperlicher Mobilität in der gewohnten sozialen und räumlichen Umgebung verbleiben können. Wohnungswechsel, die häufig auch einen Wechsel des Wohnumfeldes bedeuten, können durch konsequente Umsetzung des barrierefreien Bauprinzips vermieden werden. Wir setzen uns als Volkspartei dafür ein, dass barrierefreier Wohnraum bezahlbar bleibt. Auch brauchen wir in Essen mehr alternative Wohnformen, wie gemeinsames Wohnen von Alt und Jung in einer Wohnanlage.

- **Zusammenarbeit mit den Trägern der Seniorenarbeit**

Die Zusammenarbeit mit dem aktiven Seniorenbeirat, mit der Kommunalen Konferenz für Alter und Pflege, sowie mit der Gesundheitskonferenz sind für uns wichtige Bausteine, um wesentliche Anregungen aufzunehmen und politisch umzusetzen.

Den vielen Akteuren, die für eine senioren- und generationengerechte Stadt Essen wichtige Angebote vorhalten und entwickeln, wie z.B. die Verbände der freien Wohlfahrtspflege werden wir auch in den nächsten Jahren zuverlässige politische Partner sein. Mit ihnen wollen wir für ein solidarisches und generationenübergreifendes Miteinander in unserer Stadtgesellschaft Sorge tragen.

- **Netzwerke für Senioren aufbauen**

Wir wollen erreichen, dass zufriedenen Bürgerinnen und Bürger ermöglicht wird, Verantwortung für sich und die Nachbarschaft zu übernehmen. Wir möchten die Bürgerinnen und Bürger unterstützen, dass sie die Vielfalt in unseren lebendigen Stadtteilen der Generationen nutzen und neue Nachbarschaften gemeinsamer Verantwortung für das eigene Umfeld entstehen.

Wir wollen in den nächsten Jahren Netzwerke fördern und stärken, die eine am Gemeinwesen orientierte Seniorenarbeit gewährleisten, die in den Stadtteilen Teilhabe, Mitgestaltung und bürgerschaftliches Engagement befördern.

Wir wollen erreichen, dass das Seniorenreferat der Stadtverwaltung die Aufgabe einer zentralen Impuls- und Beratungsstelle übernimmt, die in den Essener Stadtteilen gemeinsam mit anderen vor Ort tätigen Akteuren der Seniorenarbeit durch die aktive Förderung von Selbstverantwortung und Selbstorganisation Impulse setzt, damit eine flächendeckende Infrastruktur für selbstorganisierte soziale Netzwerke der Seniorenarbeit vor Ort aufgebaut wird.

## **Essen. Der Gesundheitsstandort.**

Die persönliche Gesundheit hat für alle Essenerinnen und Essener einen hohen Stellenwert. Eine effektive Gesundheitsvorsorge und die qualifizierte Therapierung und Behandlung von Krankheiten ist deshalb unser gemeinsames Anliegen. Zielgruppengenaue Angebote werden immer wichtiger. Für uns steht ein bürgerorientiertes Gesundheitswesen im Vordergrund. Im Mittelpunkt steht der Mensch.

Essen ist mit seinen mehr als 700.000 ambulanten und stationären Behandlungsfällen pro Jahr einer der größten medizinischen Versorger Deutschlands und damit als Gesundheitsstandort sehr gut platziert. In fast keiner europäischen Großstadt ist die gesundheitliche Versorgung so gut wie in Essen. Auf der anderen Seite fehlen in Essen immer noch Kinderärzte und in manchen Stadtteilen einzelne Fachärzte.

- **Krankenhausversorgung für den Essener Norden sicherstellen**

Wir unterstützen die Bürgerinnen und Bürger in den betroffenen Stadtteilen des Essener Nordens. Wir teilen die erheblichen Sorgen um die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung im Essener Norden.

Die CDU ist davon überzeugt, dass die Contilia Unternehmensgruppe ihre Beschlüsse verändern muss. Die bisherigen Ankündigungen sind kein Konzept. Die Entscheidungen der Contilia überzeugen nicht. Die CDU unterstützt Oberbürgermeister Thomas Kufen in seinem Angebot an die Contilia Unternehmensgruppe, als Stadt in Altenessen zu investieren, das Grundstück zu kaufen und wenn notwendig auch für einen Krankenhausträger ein Krankenhaus für den Essener Norden am Standort Altenessen zu bauen.

- **Verbesserung der Gesundheitsprävention**

Nur durch die Verbesserung der Gesundheitsprävention werden wir die Entwicklung aller Kinder verbessern. Eltern müssen früh und umfassend informiert werden, sodass Eltern ihre Aufgaben gut wahrnehmen können. Wir setzen uns weiter dafür ein, dass Gesundheitserziehung in den Kindertageseinrichtungen und den Schulen ein inhaltlicher Schwerpunkt wird. Die Verantwortlichen in den Einrichtungen der frühkindlichen Bildung sowie in den Schulen müssen gemeinsam Konzepte zur Gesundheitserziehung entwickeln. Kinder und Jugendliche sollen lernen, selbst Verantwortung für sich und ihren Körper wahrzunehmen.

- **Pflege ist ein wichtiger Baustein der Gesundheitspolitik**

Pflege findet immer länger im häuslichen Umfeld statt. Daher sind pflegende Angehörige zu unterstützen und die unterstützenden Strukturen, beispielsweise durch Tagespflegeplätze, zu verbessern. Wir setzen uns dafür ein, die Anzahl von Kurzzeitpflegeplätzen flächendeckend dem immer größer werdenden Bedarf anzupassen. Die hohe Qualität in den Pflegeeinrichtungen der Essener Heimträger verdanken wir gerade den vielen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vor Ort.

- **Den Essener Weg in der Drogenpolitik fortsetzen**



Prävention, Therapie und Repression sind gleichwertige Säulen der Sucht- und Drogenpolitik. Der „Essener Weg“ (Prävention, Therapie und Repression) und die dazu gehörigen Einrichtungen finden bundesweite Anerkennung und haben sich für andere deutsche Städte als Konzept mit Modellcharakter gezeigt. In der Drogenpolitik brauchen wir auch weiterhin die Vernetzung der Hilfseinrichtungen. Gemeinsames Ziel ist es, dass Betroffene weitestgehend drogenfrei leben können.

- **Zusammenarbeit mit Gesundheitsnetzwerken stärken**

Unter dem gemeinsamen Dach „Essen.Gesund.Vernetzt – Medizinische Gesellschaft e.V.“ versammeln sich seit 2018 medizinische Spitzenleistungen der Essener Kliniken und weiterer Essener Akteure, die im Gesundheitsbereich tätig sind. Die im Essener Gesundheitswesen wichtigen Netzwerke „Essen forscht und heilt“, Medizinische Gesellschaft“ und das „Essener Palliativ- und Hospiznetzwerk“ haben sich zu einem gemeinsamen Verein zusammengeschlossen.

Wir sehen in dieser Zusammenarbeit eine wichtige Grundlage, damit sich Essen als jetzt schon wichtigster und größter Gesundheitsstandort im Ruhrgebiet zu einem TOP-Qualitäts- und Exzellenzstandort weiterentwickeln kann. Dies gilt sowohl für die Versorgung der Menschen als auch für die Entwicklung der Unternehmen der Medizin- und Gesundheitswirtschaft.

- **Digitalisierung des Gesundheitswesens unterstützen**

Wir wollen in den nächsten Jahren die Führungsrolle der Stadt Essen im Ruhrgebiet für die Gesundheitsversorgung und Gesundheitswirtschaft umfassend ausbauen. Wir werden die innovativen Digitalisierungsstrategien der Gesundheits- und Medizinwirtschaft unterstützen. Wir unterstützen die Strategien, die die Essener Kliniken unter dem Begriff „SMART-Hospital“ für die Bürgerinnen und Bürger weiterentwickeln. Es gibt in Essen schon viele innovative Ideen und Entwicklungen. So ist das Universitätsklinikum Essen auf dem Weg zum „Smart Hospital“ und nimmt dabei eine Vorreiter- und Treiberrolle ein. Diese Entwicklung wird als Leitthema alle Bereiche der Essener Gesundheitsversorgung beeinflussen. Wir werden dabei auch die Verbesserung des Schnittstellenmanagements zu den niedergelassenen Ärzten, den Krankenkassen und den stationären Einrichtungen für Senioren einfordern. Wir werden zudem Netzwerke fördern, die Innovationskraft und Ideen für eine bessere Gesundheit entwickeln.

## **Stadtentwicklung muss man wollen**

Essen hat in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen. Das liegt auch an der Vielfaltigkeit unserer Stadt. Sie ist sowohl Einkaufs-, Dienstleistungs-, Gesundheits-, Konzern-, Energie-, Kultur- und Grüne Hauptstadt. Die Achilles-Ferse unserer Stadtentwicklung ist nach wie vor der Mangel an Gewerbe- und Wohnflächen.

- **Essen bleibt eine wachsende Stadt**

Essen ist und bleibt eine wachsende Stadt. Dieser Herausforderung wollen wir uns auch im Wohnungsbau stellen und werden in den nächsten Jahren attraktiven und zusätzlichen Wohnraum für alle Zielgruppen schaffen. Dies wurde auch durch das Ergebnis des Bürgerforums „Wo wollen wir wohnen“ bestätigt. Zu den Zielgruppen zählen neben jungen Familien, auch Senioren, Singles und Studenten. Dies gilt für alle Segmente, vom hochwertigen Einfamilienhaus über den Geschosswohnungsbau bis hin zum öffentlich geförderten Wohnraum. Für eine sozialgerechte Gestaltung sollte dies in allen Stadtbezirken gleichermaßen umgesetzt werden. Die Schaffung neuen Wohnraums entspricht dabei nicht nur dem Bedarf in einer wachsenden Stadt, sondern ist ein wichtiges Mittel steigenden Mieten entgegen zu wirken. Wachstum darf aber nicht die städtebauliche Qualität gefährden. Qualität und Art der Bebauung liegen uns besonders am Herzen. Eine städtebauliche Gesamtentwicklung muss damit einhergehen. Dabei spielt das Wohnen am Wasser oder im Grünen auch eine immer größere Rolle. Bei der architektonischen Gestaltung und Nutzung von Freiflächen ist daher auf ein möglichst verträgliches Vorgehen zu achten. Die Nutzung von Baulücken und Ausbaupotentialen im Bestand können den Verbrauch von Naturflächen verhindern. Die Verhinderung einer Zersiedlung der Landschaft hat für uns eine besondere Bedeutung.

- **Verbesserung der Infrastruktur**

Verbunden mit dem Wohnungsbau ist auch die Anpassung und Stärkung der örtlichen Infrastruktur. Bei der Planung von Wohnraum ist gleichzeitig auf steigende Bedarfe an Kindertageseinrichtungen und Schulen zu achten. Die Leistungsfähigkeit der vorhandenen verkehrlichen Infrastruktur ist insbesondere bei Neubaumaßnahmen genau zu betrachten. Moderne ökologische Stadtquartiere sind den zukünftigen Mobilitätsanforderungen anzupassen. Die verkehrliche Infrastruktur muss sich nicht nur dem Zubau, sondern auch veränderten Prioritäten bei den Verkehrsmitteln anpassen. Die Schaffung von Fahrradkellern, Lademöglichkeiten für Elektrofahrräder und Elektroautos, Beachtung von Platzbedarfen für Fahrrad- und Carsharing-Stationen, sind bei größeren Bauvorhaben bereits weitgehend als Standard durchgesetzt. Der öffentliche Personennahverkehr muss besser vernetzt und die bestehende städteübergreifende Zusammenarbeit zwischen den Verkehrsgesellschaften weiter ausgebaut werden.

- **Vielfältiges Wohnen ermöglichen**

Die Schaffung möglichst vielfältiger, attraktiver Alternativen im Wohnungsbau steht bei uns deutlich vor Verboten oder künstlichen Verhinderungen, weil diese den bestehenden städtebaulichen Strukturen mehr schaden als nutzen. Das gilt auch für die Förderung ökologischer Ziele. Nur wenn ökologische Projekte zur Energieeffizienz einfach verfügbar und wirtschaftlich attraktiv sind, werden sie in größerem Umfang genutzt. Dazu sind niederschwellige Angebote notwendig, wie sie gerade durch neue Contracting- oder Genossenschaftsangebote entwickelt werden. Wir setzen auf die von der Ruhrkonferenz angestoßene Initiative zur Schaffung klimafreundlicher Quartiere in den Ruhrgebietsstädten. Hier können durch Photovoltaik, Kraft-Wärme-Kopplung und Geothermie in Verbindung mit Elektromobilität bis zu 85 Prozent der notwendigen Energie in einem Stadtteil klimaneutral genutzt werden. Nur im gemeinsamen Dialog werden wir die Stadtentwicklung vorantreiben können. Ein wesentlicher Bestandteil zur Umsetzung unserer Ziele ist die Intensivierung der Bürgerinformation und Bürgerbeteiligung bei größeren Bauvorhaben.

- **Barrierefreiheit beachten**

Die Barrierefreiheit ist für eine inklusive und demographiefeste Gesellschaft von hoher Bedeutung. Dieses umfasst unter anderem die Bereiche des Wohnens, der Bildung, der Kultur, der Mobilität und der Stadtteilplanung. Für uns ist die Barrierefreiheit eine Querschnittsaufgabe. Deshalb müssen zukünftig noch stärker bei Neubauten oder Umbauten auch das Umfeld und die Zuwegung hinsichtlich der Barrierefreiheit berücksichtigt werden.

- **Stadtteile stärken**

In Essen muss gute Stadtplanung und Stadtentwicklung die Bedeutung der Essener Stadtteile berücksichtigen. Unsere Stadtteile zeichnen sich durch ein selbstbewusstes und vielfältiges Vereinsleben sowie ein reiches bürgerschaftliches Engagement aus. Diese Stärken wollen wir stärken. Daher unterstützen wir das Engagement der vielen Vereine, Bürgerschaften, Kirchengemeinden und weiterer Institutionen für attraktive Stadtteile.

## **Den Wandel im Sport gestalten**

Bewegung, Spiel und Sport nehmen einen hohen Stellenwert in unserer Gesellschaft ein und sind unerlässlich für das Gemeinwohl sowie für das soziale Miteinander in unserer Stadt. Die Aktivitäten beschränken sich nicht ausschließlich auf Wettkämpfe und Leistungssport. Die Bürgerinnen und Bürger interessieren sich auch für gesundheitsorientierte und

familiengerechte Angebote. In einer freizeitorientierten Gesellschaft besteht der Wunsch nach ausgefüllter und moderner Freizeitgestaltung. Hier bietet sich gerade der Sport mit vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten an. Diesen Wandel berücksichtigen wir bei einer modernen Sportentwicklung. Für uns ist die Sportförderung sowie die Schaffung und der Erhalt von Sportstätten eine zentrale Aufgabe zukunftsgerichteter Politik.

Unsere Sportpolitik fördert den engen Schulterschluss mit den Vereinen, dem Essener Sportbund e.V. als deren Spitzenorganisation sowie den Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen.

- **Breitensport als tragende Säule der Essener Sportlandschaft**

Der Breitensport ist eine tragende Säule in der Essener Sportlandschaft. Er leistet einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenleben. Insbesondere werden jungen Menschen und Senioren, ob mit oder ohne Handicap, verschiedene Möglichkeiten zur sportlichen Betätigung angeboten. Darüber hinaus ist die langjährige und erfolgreiche Integrationsarbeit mit Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien ein wichtiger Bestandteil des Breitensports.

Daher unterstützt und fördert die Stadt Essen die Vereine, mit dem Ziel deren Eigenverantwortung und ehrenamtliches Engagement zu stärken. Auch zukünftig wollen wir alle Bemühungen der Vereine und Fachverbände, ihre Sportart zu pflegen, zeitgerecht zu gestalten und die Voraussetzungen für eine Weiterverbreitung der jeweiligen sportlichen Fertigkeiten zu schaffen, unterstützen.

Unser Ziel ist es die Sportstätten weiterhin zu sanieren und zu modernisieren sowie die finanziellen Voraussetzungen der Vereine zu verbessern. Gleichzeitig wollen wir den Schwimmunterricht in den Grundschulen so organisieren, dass alle Grundschüler bis zum Wechsel zur weiterführenden Schule das Schwimmen erlernt haben.

- **Sportinfrastruktur weiter sanieren und modernisieren**

Wir haben ein umfangreiches Sanierungs- und Modernisierungs-Programm auf den Weg gebracht. Diese Gelder werden aufgrund unserer Initiativen vorrangig für eine Qualitätssteigerung bestehender Sport- und Freizeitanlagen sowie Schul- und Sporthallensanierungen eingesetzt. Wir werden diesen Weg auch in den nächsten Jahren weitergehen. So sprechen wir uns unter anderem für hochwertige und bedarfsgerechte Neugestaltung der Sportanlage am Uhlenkrug, des Grugabades, der Regattaanlage am Baldeneysee und für eine weitere Großsporthalle für Rhönradsportler im Essener Süden aus.

- **Freizeitangebote weiterentwickeln**

Über die Vereinssportangebote hinaus müssen wir auch Angebote für diejenigen Bürgerinnen und Bürger schaffen, die sich nicht oder nicht auf Dauer an Vereine binden wollen. In den stadtweiten Sport- und Gesundheitszentren können Sportinteressierte ein einzigartiges Kurssystem vorfinden.

Essen bietet viel Grün und damit weitreichende Möglichkeiten für Freizeit und Erholung, für Jogger, Walker, Radfahrer und sonstige Sporttreibende. Diese Möglichkeiten bedürfen der Pflege und Weiterentwicklung. Hier investieren die Stadt und der Regionalverband Ruhr in den Ausbau des Radwegesystems. Darüber hinaus gilt es den Baldeneysee, den Kettwiger Stausee sowie die Ruhr im Rahmen des Masterplans Ruhr als Freizeitzentren bzw. Freizeiträume weiterzuentwickeln. Denn Freizeitgestaltung findet nicht nur auf dem Sportplatz oder im Schwimmbad statt. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzen ihre Freizeit für den Besuch einer unserer zahlreichen Parks. Gemeinsam müssen wir die Park- und Grünflächen sport- und freizeitorientiert weiterentwickeln und schützen.

- **Olympia eine Chance für Essen und NRW**

Wir begrüßen die Initiative „Rhein Ruhr City 2032“, die eine Bewerbung um die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2032 im Verbund mit 14 Städten anstrebt. Die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele wären eine große Chance für NRW und Essen sich als moderne Region zu präsentieren. Da in NRW 80 % der Spielstätten heute schon vorhanden sind, wären die Spiele sehr nachhaltig und der finanzielle Aufwand vergleichsweise gering.

Die Olympischen und Paralympischen Spiele bieten eine einmalige und nicht zu unterschätzende Chance, die Infrastruktur in der Region nachhaltig zu verbessern und auszubauen. Hier sehen wir erhebliches Potential für die Entwicklung zeitgemäßer und zukunftsorientierter Mobilität.

- **Spitzensport fördern**

Spitzensport und Breiten-/Freizeitsport bilden keinen Gegensatz; sie ergänzen sich wechselseitig und haben gleichsam ihre gesellschaftliche Bedeutung. Mit dem Olympiastützpunkt, der Eliteschule des Sports (Helmholtz-Gymnasium), dem Verein zur Förderung des Leistungssports und dem Vollzeitinternat für Sport und Tanz bietet Essen hervorragende Voraussetzungen für die Talentförderung und die Betreuung von Spitzenathleten. Aber auch die Sportstätten für den Spitzensport müssen modernsten Erfordernissen angepasst werden. Wir setzen uns dafür ein, die Europameisterschaft im Eiskunstlaufen 2023 in Essen stattfinden zu lassen.

## **Stabile Finanzen gestern, heute und in Zukunft**

Im Jahr 2017 haben wir erstmalig seit 25 Jahren einen Haushalt mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen. Ab 2020 hatten wir geplant, erstmals seit dann fast 30 Jahren den Haushaltsausgleich ohne fremde Hilfen aus dem Stärkungspakt zu erreichen. Dies wäre eine großartige Leistung gewesen, sahen doch die Haushaltsanmeldungen im Jahr 2010 noch ein Defizit von 410 Mio. € vor. Wir haben auch mit Hilfen aus Bund und Land dafür gesorgt, dass die Stadt finanziell wieder „die Kurve gekriegt hat“ und nicht auf Dauer mehr Geld ausgibt als sie einnimmt. Beim Konsolidierungskurs haben wir Augenmaß und Umsicht bewiesen und weiter in unsere Stadt investiert.

Bedingt durch die Corona-Krise werden wir vor dem Hintergrund massiver Einnahmeausfälle dennoch mit einem Defizit das Jahr 2020 abschließen. Das vom Bund beschlossene Konjunkturpaket verhilft uns in Essen zu einer wichtigen dauerhaften Entlastung des städtischen Haushalts. Neben der Kompensation für die krisenbedingten Gewerbesteuerausfälle in Höhe von 113 Mio. Euro in 2020, profitieren wir zukünftig auch von der 75-prozentigen Übernahme der Kosten der Unterkunft mit einer Haushaltsentlastung von jährlich rund 60 Mio. Euro. Das Konjunkturpaket ist ein guter und gangbarer Weg für Essen. Mit dem Maßnahmenpaket des Bundes wird Essen die Krise besser bewältigen können.

- **Altschulden abbauen**

Die Problematik der Altschulden finanziell stark angeschlagener Kommunen muss aber noch gelöst werden. Hier erwarten wir eine Lösung mit Hilfe der Landesregierung, da wir in Essen auf einem guten Weg der Entschuldung aus eigener Kraft sind. Jährlich 100 Mio. € + x an Kassenkrediten abzubauen ist die Planung, was auch bislang mit ca. 480 Mio. € in den letzten Jahren gelungen ist.

- **Die Kommunen brauchen eine Gemeindefinanzreform**

Wir fordern seit Jahren eine umfassende Gemeindefinanzreform, die den Namen verdient. Sie ist überfällig und muss die Kommunen in die Lage versetzen, ihre Aufgaben ohne neue Schulden wahrnehmen zu können. Ansatzweise ist im Zuge der Bewältigung der finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise dieses auf einen guten Weg gebracht worden. Ebenso muss die Vergabe von Fördergeldern nach Himmelsrichtung beendet werden. Eine Förderung hat vielmehr nach Bedürftigkeit zu erfolgen.

Die Kommunen müssen endlich wieder auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden und das seit langem von uns geforderte Konnexitätsprinzip (wer bestellt, bezahlt) muss im Zusammenspiel von Bund, Land und Kommunen endlich vollständig angewendet werden. Die bisherigen vom Bund und vom Land aufgelegten Investitionsprogramme müssen

konsequent fortgeführt werden, damit wir unsere Schulen, Straßen, Wege und Gebäude weiter sanieren können.

## Impressum

Herausgeber:  
CDU Kreisverband Essen  
Blücherstraße 1  
45141 Essen

Telefon: 02 01 – 2 47 32 – 0  
Telefax: 02 01 – 2 47 32 - 99  
E-Mail: [info@cdu-essen.de](mailto:info@cdu-essen.de)  
Internet: [www.cdu-essen.de](http://www.cdu-essen.de)